

Lieferrahmenvertrag
Nr.

Zwischen

DB InfraGO AG
Adam-Riese-Straße 11-13
60327 Frankfurt am Main

vertreten durch die

Deutsche Bahn AG
Beschaffung Maschinen &
maschinelle Anlagen (FE.EA 22)
Caroline-Michaelis-Str. 5-11
10115 Berlin

(nachfolgend „**Auftraggeber**“)

und

.....
.....
.....
.....

(nachfolgend „**Auftragnehmer**“)

wird folgender Vertrag geschlossen:

Beteiligte Stellen auf Seiten des Auftraggebers sind:

1 Für die Beschaffung zuständige Stelle:

Deutsche Bahn AG
Beschaffung Maschinen & maschinelle Anlagen (FE.EA 22)
Ansprechpartner/in: Joshua Schulz
Tel.: +49 30 29755932
E-Mail: Joshua.J.Schulz@deutschebahn.com

2 Vertragsabwickelnde Stelle

DB InfraGO AG
Fahrzeugbeschaffung und -umbau (V.IWW 46)
Ansprechpartner/in: Marwin Linkowitsch
Tel.: +49 1523 3138101
E-Mail: Marwin.Linkowitsch@deutschebahn.com

Die vertragsabwickelnde Stelle ist nicht zur Änderung, Ergänzung, Aufhebung oder Kündigung des Vertrages berechtigt. Zur Änderung – insbesondere mit Auswirkung auf die vertraglich vereinbarte Vergütung –, Ergänzung oder Aufhebung des Vertrages ist ausschließlich die für den Einkauf zuständige Stelle beim Auftraggeber berechtigt.

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Vertragsgestand	3
2.	Vertragsbestandteile	3
3.	Zustandekommen von Einzelverträgen (Bestellung)	5
4.	Leistungen des Auftragnehmers	6
5.	Leistungen des Auftraggebers/Beistellungen	7
6.	Vergütung/Rechnung/Zahlungsbedingungen/Saldenabgleich	8
7.	Ausführungstermin	9
8.	Vertragslaufzeit.....	10
9.	Erfüllungsort, Transport, Verpackung.....	10
10.	Fertigungsprüfung beim Auftragnehmer, maschinentechnische Freigabe, Probebetrieb, Endabnahme	10
11.	Ersatzteile.....	11
12.	Ansprechpartner.....	11
13.	Nachunternehmer	11
14.	Mängel	11
15.	Haftung.....	12
16.	Versicherung.....	12
17.	Umweltschutz.....	13
18.	Besondere Informationspflichten des Auftragnehmers über seine Person	13
19.	Abtretung	13
20.	Anwendbares Recht, Salvatorische Klausel, Gerichtsstand	13

1. Vertragsgegenstand

- 1.1. Gegenstand dieses Vertrages ist/sind die Herstellung, Lieferung, Montage, Schulung, Inbetriebnahme, Probetrieb und Endabnahme eines

Schienenstaubsaugers („Schlucki 3.0“).

(nachfolgend „**System**“ **genannt**) gemäß dem in diesem Vertrag vereinbarten Lieferumfang inklusive aller in diesem Zusammenhang stehenden Maßnahmen zu den nachstehenden Bedingungen.

- 1.2. Zum Leistungsumfang gehört die termingerechte Erstellung von genehmigungsfähigen Unterlagen für erforderliche behördliche Genehmigungen bzw. Zulassungen. Dies beinhaltet die Anforderungen nach der Maschinenrichtlinie sowie weitere Dokumente, welche im Lastenheft spezifiziert sind.
- 1.3. Dieser Rahmenvertrag ist kein Leistungsvertrag. Er regelt ausschließlich die Option der nach Ziffer 3 berechtigten Besteller auf Abschluss von Einzelverträgen zu den Bedingungen dieses Rahmenvertrages.

Der Auftragnehmer wird Angebote des Bestellers auf Abschluss dieser Einzelverträge nach Ziffer 3.4 annehmen und die darin genannten Leistungen vollständig erbringen. Es besteht keine Verpflichtung, diese Option auszuüben. Der Auftraggeber ist ferner berechtigt, anderen Auftragnehmern die gleichen Leistungen zu übertragen.

2. Vertragsbestandteile

- 2.1. Bestandteile dieses Vertrages sind ausschließlich folgende Bedingungen:

- **Protokoll der Verhandlung** vom (Anlage 1)
- **Technisches Lastenheft** einschließlich Anlagen (Anlage 2)
- **Angebot** des Auftragnehmers vom inkl. ausgefüllter Anhang C1 Bewertungsmatrix_Preisblatt_kfm-Mindestbedingungen (Anlage 3)
- **Allgemeine Einkaufsbedingungen (AEB)**
Ausgabe 01.05.2025 (208.1210A03, Anlage 4)
der DB AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen
- **DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner** Ausgabe 01.02.2024 ([Link](#), Anlage 5)
- **EVB Mindestlohn**
Ausgabe Januar 2022 (208.1210A08, Anlage 6)
Ergänzende Vertragsbedingungen der Deutschen Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen zu Tariftreue, Mindestentlohnung
- **EVB Informationssicherheit**
Ausgabe 01.05.2025 (208.1210A13, Anlage 7)
Ergänzende Vertragsbedingungen der DB AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen zu Anforderungen an die Informationssicherheit, einschließlich Anhang 3 - Vernetzte Hardware (IT/OT) und maschinentechnische Anlagen, rollendes Material
- **EVB Unfallverhütung**
Ausgabe 01.04.2025 (208.1210A07, Anlage 8)
Ergänzende Vertragsbedingungen der DB AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen zur Vermeidung von Unfällen auf Bahngebiet
- **EVB Nachhaltigkeit**
Ausgabe 01.02.2025 (208.1210A15, Anlage 9)
Ergänzende Vertragsbedingungen der Deutschen Bahn AG (DB AG) und der mit ihr verbundenen Unternehmen zum Nachweis der Nachhaltigkeit

- **EVB Beistellung**
Ausgabe 18.04.2016 (208.1210A06, Anlage 10)
Ergänzende Vertragsbedingungen der Deutschen Bahn AG (DB AG) und der mit ihr verbundenen Unternehmen zu Beistellungen
- **Übereignungserklärung für Sachen zur Erlangung von Abschlagszahlungen**
Ausgabe 01.01.2012 (208.3500V10, Anlage 11)
- Merkblatt/-blätter zur Kombinierten Bauleistungs-, Montage- und Haftpflichtversicherung (Anlage 12)
- Preisgleitsystematik (Anlage 13)

2.2. Verhaltenskodex

☐ Variante 1 (DB Verhaltenskodex)

Der Auftragnehmer verpflichtet sich hiermit, den DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner im Rahmen sämtlicher Geschäftsbeziehungen (einschließlich der in diesem Zusammenhang bestehenden Verträge) mit dem Auftraggeber oder einem mit diesem im Sinne von § 15 Aktiengesetz verbundenen Unternehmen (gemeinsam: die DB-Unternehmen) einzuhalten. Im Falle eines Verstoßes durch den Auftragnehmer behalten sich die DB-Unternehmen die in Ziffer 5 des DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner bezeichneten Konsequenzen vor.

☐ Variante 2 (BME-/VDB-CoC oder VDB-CoC)

Der Auftragnehmer verpflichtet sich hiermit, die bei Vertragsabschluss aktuelle Fassung des Verhaltenskodex des [Bundesverbandes für Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME) (CoC-BME)]/Verbandes der Bahnindustrie in Deutschland e.V (VDB) mit Kommentar zum Code of Conduct (VDB-CoC)] im Rahmen sämtlicher Geschäftsbeziehungen (einschließlich der in diesem Zusammenhang bestehenden Verträge) mit dem Auftraggeber oder einem mit diesem im Sinne von § 15 Aktiengesetz verbundenen Unternehmen (gemeinsam: die DB-Unternehmen) einzuhalten. Aus diesem Kodex und dessen Einhaltung können und werden keinerlei Pflichten für die DB-Unternehmen begründet und werden von diesen auch nicht akzeptiert. Die DB-Unternehmen verzichten dadurch auch nicht auf irgendwelche Rechte aus bestehenden Verträgen oder auf sonstige Rechte. Im Falle eines Verstoßes durch den Auftragnehmer behalten sich die DB-Unternehmen vor, Schadenersatz zu verlangen und sonstige, ihnen zustehenden Rechte geltend zu machen, sowie, im Falle eines erheblichen Verstoßes, die Geschäftsbeziehung (einschließlich der in diesem Zusammenhang bestehenden Verträge) aus wichtigem Grund fristlos zu beenden. Im Falle einer Änderung des Kodex wird die Neufassung im Rahmen der Geschäftsbeziehung nur mit schriftlicher Vereinbarung der Parteien wirksam.]

☐ Variante 3 (gleichwertiger Auftragnehmer-CoC)

Der Auftragnehmer verpflichtet sich hiermit, den Auftragnehmer-CoC im Rahmen sämtlicher Geschäftsbeziehungen (einschließlich der in diesem Zusammenhang bestehenden Verträge) mit dem Auftraggeber oder einem mit diesem im Sinne von § 15 Aktiengesetz verbundenen Unternehmen (gemeinsam: die DB-Unternehmen) einzuhalten. Aus dem Auftragnehmer-CoC und dessen Einhaltung können und werden keinerlei Pflichten für die DB-Unternehmen begründet und werden von diesen auch nicht akzeptiert. Die DB-Unternehmen verzichten dadurch auch nicht auf irgendwelche Rechte aus bestehenden Verträgen oder auf sonstige Rechte. Im Falle eines Verstoßes durch den Auftragnehmer behalten sich die DB-Unternehmen vor, Schadenersatz zu verlangen und sonstige, ihnen zustehenden Rechte geltend zu machen, sowie, im Falle eines erheblichen Verstoßes, die Geschäftsbeziehung (einschließlich der in diesem Zusammenhang bestehenden Verträge) aus wichtigem Grund fristlos zu beenden. Im Falle einer Änderung des Auftragnehmer-CoC wird die Neufassung im Rahmen der Geschäftsbeziehung nur mit schriftlicher Vereinbarung der Parteien wirksam.]

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle Grundsätze und Anforderungen aus dem gemäß Ziffer 2.2

vereinbarten Verhaltenskodex im Rahmen der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen einzuhalten und an Unterauftragnehmer und Zulieferer zu kommunizieren sowie deren Einhaltung zu unterstützen. Sollte der Auftragnehmer einer Risikogruppe gemäß dem Merkblatt angehören (<https://www.deutschebahn.com/resource/blob/4137590/c904549f0ef3e2b7de2ba982adcd915e/Merkblatt-Lieferanten-Risikogruppe-data.pdf>) oder ein konkret begründeter Verdacht der Nichteinhaltung der beschriebenen Grundsätze und Anforderungen vorliegen, behält sich der Auftraggeber das Recht vor, angekündigt Überprüfungen beim Auftragnehmer durch eigene Mitarbeiter oder durch unabhängige Dritte durchzuführen.

Der Auftragnehmer vereinbart mit Unterauftragnehmern und Zulieferern, dass der Auftraggeber diese Überprüfungen in den genannten Fällen auch bei ihnen durchführen kann. Sämtliche Überprüfungen in den Geschäftsräumen des Auftragnehmers, der Unterauftragnehmer bzw. Zulieferer erfolgen – soweit erforderlich – in Abstimmung mit diesen und im Rahmen des jeweils geltenden Rechts. So sind insbesondere deren Geheimhaltungsinteressen zu berücksichtigen. Im Falle eines Audits zur Überprüfung der Nachhaltigkeitsstandards trägt der Auftragnehmer die anfallenden Kosten, es sei denn, es konnte kein Verstoß gegen die im vereinbarten Verhaltenskodex für Geschäftspartner genannten Grundsätze und Anforderungen festgestellt werden. Dem Auftragnehmer werden die Auditergebnisse übermittelt.

- 2.3. Vertragsbedingungen des Auftragnehmers gelten auch dann nicht, wenn der Auftraggeber in Kenntnis dieser Vertragsbedingungen die Leistungen des Auftragnehmers vorbehaltlos annimmt bzw. abnimmt.
- 2.4. Bei Widersprüchen haben die Bedingungen dieses Vertrages Vorrang vor den Vertragsbestandteilen; die Vertragsbestandteile gelten bei Widersprüchen unabhängig von der Anlagenummerierung in der in Ziff. 2.1 angegebenen Reihenfolge.

3. Zustandekommen von Einzelverträgen (Bestellung)

- 3.1. Einzelverträge kommen durch Bestellung des Bestellers unter Bezug auf diesen Rahmenvertrag und Bestätigung der Bestellung durch den Auftragnehmer auf der Bestellung oder durch gesonderte Annahmeerklärung des Auftragnehmers zu Stande. Einzelvertragsverhältnisse werden ausschließlich zwischen dem Besteller und dem Auftragnehmer begründet.
- 3.2. Jede Bestellung erfolgt in Textform. Mündlich oder fernmündlich erteilte Bestellungen sind vom Besteller in Textform zu bestätigen. Für die Bestätigung der Bestellung durch den Auftragnehmer gelten die gleichen Formvorschriften. Maschinell erstellte Bestellungen bedürfen zu Ihrer Gültigkeit keiner Unterschrift, sofern diese als maschinelle Bestellung gekennzeichnet sind.
- 3.3. Folgende Stellen dürfen bestellen (Besteller):
Die DB InfraGO AG und alle mit ihr im Sinne von § 15 Aktiengesetz verbundenen Unternehmen.
- 3.4. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, ihm zugegangene Bestellungen innerhalb von fünf Kalendertagen zu bestätigen. Erfolgt innerhalb dieser Frist keine ausdrückliche oder konkludente bzw. eine von der Bestellung abweichende Bestätigung des Auftragnehmers, so kommt der Einzelvertrag nach Ablauf der fünf Kalendertage verbindlich gemäß der Bestellung zu Stand. Kann der Auftragnehmer in Ausnahmefällen die in der Bestellung angegebenen Liefertermine bzw. -fristen nicht einhalten, ist er verpflichtet, dem Besteller innerhalb von fünf Kalendertagen ein Gegenangebot hinsichtlich der Liefertermine bzw. -fristen zu unterbreiten, das der Besteller annehmen oder ablehnen kann. Lehnt der Besteller das Gegenangebot des Auftragnehmers ab, so kommt der Einzelvertrag mit den in dem Rahmenvertrag vereinbarten Lieferterminen bzw. -fristen zu Stande.

4. Leistungen des Auftragnehmers

- 4.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen eigenverantwortlich nach den Bedingungen dieses Vertrages und der Vertragsbestandteile und den anerkannten Regeln der Technik, die zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe gelten, zu erbringen. Der Auftragnehmer wird bei der Ausführung des Vertrages technische Entwicklungen berücksichtigen und den Auftraggeber rechtzeitig auf sinnvolle Änderungen des Leistungsumfangs hinweisen.
- 4.2. Der Auftragnehmer ist für das funktionelle Zusammenwirken aller von ihm zu erbringenden Leistungen verantwortlich.
- 4.3. Der Auftragnehmer hat alle Unterlagen, insbesondere technische Zeichnungen und die technische Leistungsbeschreibung, die er vom Auftraggeber erhalten hat, im Hinblick auf die vertragsgemäße Leistung überprüft und hat keine Bedenken gegen den in diesem Vertrag und den Vertragsbestandteilen vereinbarten Leistungsumfang sowie die Art und Weise der vereinbarten Ausführung der Leistung. Gleiches gilt für die baulichen Gegebenheiten am Lieferort/an der Verwendungsstelle. Ansprüche des Auftragnehmers, die sich auf Umstände stützen, die ihm nach einer Vor-Ort-Besichtigung bekannt waren oder hätten bekannt sein müssen, sind ausgeschlossen.
- 4.4. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen, wenn sich im Rahmen der Vertragserfüllung Bedenken gegen den in diesem Vertrag und den Vertragsbestandteilen vereinbarten Leistungsumfang und die Art und Weise, der der vereinbarten Ausführung der Leistung ergeben oder wenn der Auftraggeber Fehler, Widersprüche oder Unvollständigkeiten in den Unterlagen feststellt. Gleiches gilt für die baulichen Gegebenheiten am Lieferort/an der Empfangs-/Verwendungsstelle.
- 4.5. Innerhalb des Zeitraums für die Mängelhaftung (Gewährleistung) müssen vom Auftragnehmer entsprechend seinen Angaben, Wartungen an dem System durchgeführt werden. Zwei Monate vor Ablauf der Verjährung für Mängelansprüche muss durch den Auftragnehmer ein Gesamtcheck des Systems erfolgen. Diese Wartungstätigkeiten gehören zum gesamten Leistungspaket und werden nicht gesondert vergütet.
- 4.6. Die vom Auftragnehmer erbrachte Leistung hat frei von Rechten Dritter zu sein. Wird die vertragsgemäße Nutzung aufgrund der Verletzung von Schutzrechten Dritter beeinträchtigt oder untersagt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, nach seiner Wahl entweder die Leistung in der Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass die Schutzrechtsverletzung entfällt, gleichwohl aber den vertraglichen Bedingungen entspricht, oder das Nutzungsrecht zu erwirken, so dass die Leistung vom Auftraggeber uneingeschränkt und ohne zusätzliche Kosten vertragsgemäß genutzt werden kann

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber auf erstes Anfordern von den Ansprüchen frei, die ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten gegen den Auftraggeber geltend macht, und übernimmt ab dem Zeitpunkt des ersten Anforderns die weitere Auseinandersetzung mit dem Dritten, es sei denn, er hat die Schutzrechtsverletzung nicht zu vertreten. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer dabei im notwendigen Umfang unterstützen. Damit verbundene notwendige und nachgewiesene Aufwendungen erstattet der Auftragnehmer dem Auftraggeber. Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Auftragnehmer unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn gegen ihn Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden. Die Verjährungsfrist für den Freistellungsanspruch beträgt zwei Jahre ab Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis des Auftraggebers der anspruchsbegründenden Umstände. Im Übrigen verjährt der Freistellungsanspruch ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in zehn Jahren von seiner Entstehung an.

Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Mängelhaftung.

- 4.7. Der Auftragnehmer wird die von ihm anlässlich der Vertragserfüllung zu erbringenden Arbeitsergebnisse dem Auftraggeber unmittelbar zur Verfügung stellen.

Sämtliche materiellen und immateriellen Ergebnisse, einschließlich aller daran bestehenden gewerblichen Schutz- und Urheberrechte sowie schutzrechtsähnlichen Rechtspositionen, die anlässlich der Vertragserfüllung durch den Auftragnehmer entstehen („Arbeitsergebnisse“), gehören unabhängig von ihrer Form mit dem Moment ihrer Entstehung dem Auftraggeber. Der Auftragnehmer überträgt hierzu sämtliche Arbeitsergebnisse an den Auftraggeber. Der Auftraggeber nimmt diese Übertragung an. Der Auftraggeber ist berechtigt, die ihm eingeräumten Rechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen oder Dritten Nutzungsrechte im Wege der Unterlizenz einzuräumen. Der Auftraggeber nimmt die Rechtseinräumung an. § 14 UrhG bleibt unberührt.

Der Auftraggeber hat das Recht zur Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse sowie sämtlicher damit in Zusammenhang stehender Unterlagen. Der Auftragnehmer bedarf zur Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

Der Auftraggeber ist allein berechtigt, Schutzrechtsanmeldungen in Bezug auf schutzrechtsfähige Arbeitsergebnisse vorzunehmen, es sei denn, er verzichtet hierauf gegenüber dem Auftragnehmer ausdrücklich in Schriftform. Über die Erzielung solcher Arbeitsergebnisse wird der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich unterrichten. Soweit das Gesetz über Arbeitnehmererfindungen (ArbnErfG) auf Arbeitsergebnisse anwendbar ist, wird der Auftragnehmer:

- die Arbeitsergebnisse unbeschränkt nach dem ArbnErfG in Anspruch nehmen und
- dem Auftraggeber gegen Erstattung der Arbeitnehmererfindervergütung gemäß § 9 ArbnErfG und im Übrigen ohne besondere Vergütung dieser Arbeitsergebnisse verschaffen.

Die Ausarbeitung von Schutzrechtsanmeldungen übernimmt der Auftraggeber.

Sämtliche anlässlich der Vertragserfüllung aufgezeichneten Werte („Industriedaten“) stehen dem Auftraggeber zu und dürfen ausschließlich durch den Auftraggeber genutzt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten über die Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.

Der Auftragnehmer führt eine Einweisung und Schulung für die Mitarbeiter des Auftraggebers im Hause des Auftraggebers durch. Die dafür notwendigen Schulungsunterlagen und Einweisungshinweise werden in ausreichender Anzahl und kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die Schulung muss vor Beginn des Probetriebs abgeschlossen sein. Je nach Zweckmäßigkeit ist die Einbeziehung von Mitarbeitern des Auftraggebers an entscheidenden Montageabschnitten zu ermöglichen.

5. Leistungen des Auftraggebers/Beistellungen

- 5.1. Der Auftraggeber erbringt die folgenden Leistungen:

- Bereitstellung von Testmöglichkeiten zum Maschinentest und Einstellungen der Maschine.
- Ein Trägerfahrzeug/ Schienenfahrzeug zur Verlastung der Maschine. Sowie einen geeigneten Ort für die Umladung.
- Eine mietfreie Abstellmöglichkeit nach Anlieferung
- Eine Werkstatt zur Möglichkeit von Umbauten und Wartung.
- Falls erforderlich weitere Relevante Unterlagen zum Trägerfahrzeug und zur Berliner Eisenbahninfrastruktur.
- Die Verantwortung und Anmeldung zur Erlangung der Arbeitsgenehmigung nach DB Richtlinie 931

- 5.2. Der Auftraggeber benennt gegenüber dem Auftragnehmer einen Ansprechpartner, der dem Auftragnehmer die zur Leistungserbringung benötigten Informationen zur Verfügung stellt. Darüber hinausgehende notwendige Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer rechtzeitig bei dem ihm benannten Ansprechpartner anzufordern.
- 5.3. Die vom Auftraggeber übernommenen Leistungen lassen die Verpflichtung des Auftragnehmers zur selbständigen und eigenverantwortlichen Vertragserfüllung unberührt.
- 5.4. Erbringt der Auftraggeber seine Leistungen nicht zeitgerecht und sieht sich der Auftragnehmer dadurch in der Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten behindert, hat der Auftragnehmer dies dem vom Auftraggeber benannten Ansprechpartner unverzüglich anzuzeigen.
- 5.5. Beistellungen des Auftraggebers bleiben Eigentum des Auftraggebers. Sie dürfen nur für die Zwecke dieses Vertrages verwendet werden. Die Regelungen der Ergänzenden Vertragsbedingungen der DB AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen für Beistellungen (Anlage 10) bleiben unberührt.

6. Vergütung/Rechnung/Zahlungsbedingungen/Saldenabgleich

- 6.1. Der Preis für das System beträgt/ergibt sich aus.... (**wird nach Verhandlung ergänzt**)

Der vereinbarte Preis (Nettopreis) ist ein fester Preis.

frei Empfangsstelle: Werk Berlin-Grunewald: Werkstättenweg 1, 14055 Berlin, (DAP Incoterms 2020 ICC). Durch die Verwendung der Incoterms 2020 ICC bleiben die übrigen Regelungen dieses Vertrages sowie der Vertragsbestandteile nach Ziffer 2 unberührt

- 6.2. Die Preise enthalten nicht die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer des Auftragnehmers. Die Vergütung der Umsatzsteuer setzt voraus, dass der Auftragnehmer nach den jeweiligen gesetzlichen Vorschriften berechtigt und verpflichtet ist, die Steuer gesondert zu erheben und dass die Steuer in der Rechnung gesondert ausgewiesen wird.
- 6.3. Es gelten die folgenden Zahlungsbedingungen bzw. Zahlungsmeilensteine:
 - 20% des Auftragswertes werden nach Abschluss des **Design Freeze** fällig. Dies erfolgt nach Freigabe des verwendbaren technischen Entwurfes. Dieser Entwurf kann vom Auftraggeber verwendet werden und beinhaltet alle technischen Unterlagen zu diesem Designstand.
 - 30% des Auftragswertes werden nach Abschluss der **Fertigungsendprüfung** fällig. Diese findet im Werk des Auftragnehmers innerhalb der Europäischen Union statt.
 - 10% des Auftragswertes werden nach **Auslieferung** an den Liefer- und Erfüllungsort und Übereignungserklärung fällig.
 - 10% werden nach erfolgreicher Inbetriebnahme (vor Beginn **Probetrieb**) fällig.
 - 30% werden nach **Endabnahme** und somit erfolgreicher Abschluss des Probetriebes fällig.
- 6.4. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage netto nach Eingang einer prüffähigen Rechnung. Bei Zahlung innerhalb 21 Tagen werden 3 % Skonto gewährt.
- 6.5. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf der Rechnung die vertraglich vereinbarte Zahlungsfrist einschließlich Skonto auszuweisen. Anderenfalls ist der Auftraggeber berechtigt, Skonto nachträglich geltend zu machen.
- 6.6. Werden die Leistungen nach Zeitaufwand vergütet, ist Grundlage für die Abrechnung der Vergütung eine vom Auftragnehmer vorzulegende und vom Besteller bestätigte detaillierte Aufstellung über geleistete Einsatztage mit Tätigkeitsnachweis. Der Auftragnehmer hat seine Rechnungen fortlaufend zu nummerieren und als Teil- bzw. Schlussrechnung auszuweisen.
- 6.7. Der Auftragnehmer hat bei der Rechnungsstellung die Vorgaben der Deutsche Bahn AG zur Rechnungsstellung zu beachten, die im Lieferantenportal zu finden sind:

[deutschebahn.com/rechnungsstellung](https://www.deutschebahn.com/rechnungsstellung)

Der Auftragnehmer informiert sich regelmäßig über etwaige Änderungen dieser Vorgaben.

6.8. Gemäß den Vorgaben der Deutsche Bahn AG zur Rechnungsstellung sind Rechnungen

- elektronisch im Format XRechnung oder Peppol BIS Billing,
- nachprüfbar,
- unter Einhaltung der umsatzsteuerrechtlichen Vorschriften

sowie unter Angabe insbesondere von

- Leitweg-ID 992-90009-96
- Bestellnummer und abgerechnete Bestellpositionen
- Rechnungsempfänger und Leistungsempfänger mit vollständiger Anschrift
- IBAN (BIC) mit Kontoinhaber
- Zahlungsbedingungen
- Steuernummer und/oder Umsatzsteuer-Identifikations-Nummer

zu erstellen und an die im Vertrag oder der Bestellung genannte Rechnungsempfangsstelle zu adressieren.

6.9. Rechnungen sind entweder an folgende E-Mail-Adresse elektronisch zu versenden:

e-invoicing@deutschebahn.com

oder über das Peppol-Netzwerk an den Peppol-Participant-Identifizierer (Peppol-ID) der Deutsche Bahn AG.

Ausgenommen hiervon sind:

- Rechnungen aus dem Bestellkanal SAP Ariba. Diese sind über das SAP Ariba Netzwerk einzureichen.
- Rechnungen über ELFE (Djinvoice). Diese werden per elektronischem Rechnungsverfahren mittels EDI-Schnittstelle abgewickelt.

6.10. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber (oder dessen Beauftragten), auf dessen Wunsch, zum Zwecke eines sog. Saldenabgleichs innerhalb angemessener Frist eine Auflistung der zu einem vom Auftraggeber festgelegten Stichtag offenen Posten gegenüber dem Auftraggeber und/oder einem oder mehreren, vom Auftraggeber bestimmten, mit diesem im Sinne von § 15 Aktiengesetz verbundenen Unternehmen (gemeinsam: die DB-Unternehmen) über sämtliche Geschäftsbeziehungen zukommen zu lassen. Die Aufstellung muss mindestens alle offenstehenden Rechnungen, Gutschriften, nicht abgeglichenen Zahlungen, Überzahlungen, Posten auf dem Zwischenkonto und alle sonstigen Posten betreffend den Auftraggeber und/oder die von diesem bestimmten DB-Unternehmen enthalten.

6.11. Nach Abschluss des Vertrages teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Warennummer/-nummern nach dem harmonisierten System der Weltzollorganisation mit.

6.12. Sind Rechnungen nicht bedingungsgemäß, geht die verlängerte Bearbeitungszeit zu Lasten des Auftragnehmers.

7. Ausführungstermin

7.1. Der Auftragnehmer hat das System spätestens 36 Monate nach Bestellung fertigzustellen. Maßgeblich für die Einhaltung dieses Termins ist der Zeitpunkt der erfolgreichen Endabnahme.

7.2. Die im Terminplan des Auftragnehmers genannten Zwischentermine werden mit der Genehmigung durch den Auftraggeber verbindlich. Im Terminplan müssen die wesentlichen Meilensteine gemäß Zahlungsplan verankert sein.

8. Vertragslaufzeit

- 8.1. Der Vertrag tritt am 01.07.2026 in Kraft und endet am 30.06.2034. Der Vertrag gilt für alle innerhalb der Vertragslaufzeit beim Auftragnehmer eingegangenen Bestellungen, auch wenn der Ausführungstermin außerhalb dieser Laufzeit liegt. Der Auftraggeber ist berechtigt, durch einseitige Erklärung und ohne Angabe von Gründen den Rahmenvertrag zum 30.06. eines Jahres mit einem Vorlauf von einem Monat zu kündigen. Bereits bis zum Wirksamwerden der Kündigung erteilte und vom Auftragnehmer angenommene Einzelabrufe bleiben unberührt und sind zu den vereinbarten Bedingungen abzuwickeln. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Die Kündigung bedarf mindestens der Textform.

9. Erfüllungsort, Transport, Verpackung

- 9.1. Erfüllungsort des Vertrages ist folgender Aufstellort des Systems bei der Empfangsstelle des Auftraggebers:

Werk Berlin-Grunewald: Werkstättenweg 1, 14055 Berlin.
- 9.2. Der Auftraggeber kann den Erfüllungsort innerhalb Berlins bis zu acht Wochen vor Auslieferung anpassen und muss dies schriftlich mitteilen.
- 9.3. Die Gegenstände sind unverpackt zu liefern. Der Auftragnehmer hat die Verpackungsmaterialien auf seine Kosten von der Empfangsstelle abzuholen und zu entsorgen.

10. Fertigungsprüfung beim Auftragnehmer, maschinentechnische Freigabe, Probetrieb, Endabnahme

- 10.1. Nach der Fertigstellung des Systems wird eine **Fertigungsendprüfung** beim Auftragnehmer durchgeführt. Dabei sind die Vollständigkeit des Lieferumfangs sowie alle beim Systemhersteller prüfbaren Funktionen des Systems vorzuführen. Der Auftragnehmer lädt den Auftraggeber zur Fertigungsendprüfung ein und erstellt ein Protokoll, in dem mindestens alle vorgeführten Komponenten und die geprüften Funktionen des Systems aufgeführt sind. Nach der erfolgreichen Fertigungsendprüfung gibt der Auftraggeber die Auslieferung frei.
- 10.2. Nach der Auslieferung und dem Abschluss der **Inbetriebnahme** des Systems erfolgt die maschinentechnische Freigabe beim Auftraggeber. Im Rahmen dieser Freigabe sind die Vollständigkeit des Lieferumfangs und die Vollständigkeit der Dokumentation des Systems nachzuweisen. Der Auftraggeber lädt den Auftragnehmer zur maschinentechnischen Freigabe ein. Über die maschinentechnische Freigabe erstellt der Auftraggeber ein Protokoll. Anschließend erfolgt der Probetrieb.
- 10.3. Der unterbrechungs- und störungsfreie **Probetrieb**, der unmittelbar nach der Schulung und Inbetriebnahme erfolgt, wird durch den Auftraggeber mit zwei Schichten pro Woche über einen Zeitraum von drei Kalendermonaten durchgeführt. Der Auftragnehmer betreut den Probetrieb entweder vor Ort oder durch eine Rufbereitschaft. Während des Probetriebs ist der Auftragnehmer vollumfänglich für Wartung und Instandhaltung verantwortlich. Während des Probetriebs müssen mindestens alle Funktionen vollumfänglich ausführbar sein. Störungen sind innerhalb von 12 Stunden zu beheben. Nach Störungen, deren Beseitigung mehr als 12 Stunden in Anspruch nimmt, beginnt der Probetrieb nach Fehlerbehebung erneut.
- 10.4. Die **Endabnahme** wird durchgeführt, wenn sämtliche sich aus diesem Vertrag ergebenden Anforderungen an den Vertragsgegenstand erfüllt sind. Die Endabnahme des Systems erfolgt nach der Inbetriebnahme durch den Auftragnehmer, nach Abschluss der Mitarbeiterschulung und nach dem erfolgreichen Probetrieb an der Verwendungsstelle. Der Umfang der Endabnahme umfasst mindestens einen vollständigen Funktionstest im Arbeitsgleis sowie die Vollständigkeit der Dokumente zur Einreichung der Arbeitsmittelgenehmigung der DB (RIL 931, siehe Anlage 1). Der Auftragnehmer ist für die Anmeldung und die Durchführung der Endabnahme verantwortlich. Über die Endabnahme ist durch den Auftraggeber ein Protokoll zu führen. Werden bei der Endabnahme

wesentliche Mängel festgestellt, kann die Endabnahme bis zur Beseitigung dieser Mängel verweigert werden. Als wesentliche Mängel gelten solche, welche die Funktion bzw. die Leistung des Systems beeinflussen. Ein wesentlicher Mangel liegt auch vor, wenn die für die Endabnahme benötigten Unterlagen fehlen (Dokumentation, Kennzeichnungen u. a.). Mängel, die sich bei der Endabnahmeprüfung herausgestellt haben, sowie fehlende Systemteile sind im Endabnahmeprotokoll zu vermerken. Unwesentliche Mängel und Restarbeiten sind ebenfalls im Endabnahmeprotokoll zu vermerken. Sie führen nicht zur Verweigerung der Endabnahme. Für die Beseitigung dieser Mängel wird im Endabnahmeprotokoll ein Termin festgelegt.

- 10.5. Das System gilt erst dann als abgenommen, wenn der Auftraggeber das Endabnahmeprotokoll unterschrieben hat. Mit der Endabnahme geht die Gefahr auf den Auftraggeber über.
- 10.6. Unwesentliche Mängel und Restarbeiten, die einer Abnahme nicht entgegenstehen, werden bei Abnahme protokolliert. Sie sind vom Auftragnehmer spätestens innerhalb von 30 Kalendertagen ab Abnahme zu beseitigen bzw. auszuführen.
- 10.7. Spätestens mit der Endabnahme geht das Eigentum an dem System als Ganzes auf den Auftraggeber über. Die Gefahr geht mit der erfolgreichen Endabnahme auf den Auftraggeber über.

11. Ersatzteile

- 11.1. Der Auftragnehmer sichert Ersatzteillieferungen und Anlagensoftware sowie ggf. notwendige Anlagensoftwareanpassungen/Softwareupdates über einen Zeitraum von 10 Jahren nach dem Ende der Verjährungsfrist für Mängelansprüche zu angemessenen, marktkonformen Preisen und Bedingungen zu.

12. Ansprechpartner

- 12.1. Auftraggeber und Auftragnehmer benennen Ansprechpartner, die für die Durchführung der Maßnahme vor Ort verantwortlich sind.

13. Nachunternehmer

- 13.1. Zur Übertragung von Teilen der Leistung oder der Leistung im Ganzen auf Dritte ist der Auftragnehmer nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, die nicht unbillig verweigert werden darf. Der Auftragnehmer hat etwaige von ihm eingesetzte Nachunternehmer entsprechend zu verpflichten.
- 13.2. Der Auftragnehmer hat etwaige Nachunternehmer entsprechend der Pflichten aus diesem Vertrag zu verpflichten. Insbesondere hat der Auftragnehmer einen Nachunternehmer dahingehend zu verpflichten, dass dieser sämtliche Pflichten des Auftragnehmers aus diesem Vertrag, insbesondere bezüglich der Leistungserbringung, der Haftung, der Haftpflichtversicherung, der Nachweise und des DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner (Anlage 5) vollumfänglich erfüllt. Der Auftragnehmer weist dem Auftraggeber auf dessen Verlangen die entsprechende Verpflichtung eines Nachunternehmers in Schriftform innerhalb von zwei Wochen nach Abschluss des Vertrages nach.
- 13.3. Überträgt der Auftragnehmer Teile der Leistung oder die Leistung im Ganzen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers an einen Nachunternehmer oder verstößt er gegen Ziff. 13.2, so ist der Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt.

14. Mängel

- 14.1. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt 24 Monate, für Stahlbau der Maschine 4 Jahre, gerechnet vom Zeitpunkt der Endabnahme.
- 14.2. Für Serviceleistungen während der Verjährungsfrist für Mängelansprüche steht dem Auftraggeber von Montag bis Freitag zwischen 07:00 und 16:00 Uhr ein Ansprechpartner zur Verfügung. Außerhalb dieses Zeitfensters wird eine Service-Hotline bekannt gegeben. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, innerhalb von acht Stunden auf die Meldung eines Ausfalls des Systems zu reagieren und innerhalb von 24 Stunden mit der Reparatur zu beginnen. Dies gilt von Montag bis

Freitag. Bei Eingang der Schadensmeldung am Samstag oder Sonntag erfolgt die Reaktion am darauffolgenden Montag um 7 Uhr.

Der Auftragnehmer ist für Servicefälle wie folgt zu erreichen:

Telefon:

E-Mail:

- 14.3. Bei besonderer Eilbedürftigkeit oder Gefahr im Verzug kann der Auftraggeber, wenn ihm eine Fristsetzung zur Mängelbeseitigung nicht zumutbar ist, den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer solche Maßnahmen nach Art und Umfang im Rahmen des Zumutbaren vorher anzeigen. Die besondere Eilbedürftigkeit kann sich aus auch betrieblichen Gründen ergeben, insbesondere, wenn der Mangel die betrieblichen Abläufe beim Auftraggeber erheblich stört.
- 14.4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, innerhalb der Verjährungsfrist für Mängelansprüche die zur Lieferleistung gehörende Dokumentation (einschließlich technischer Unterlagen, Nachweise und Handbücher) fortlaufend auf dem jeweils aktuellen Stand zu halten, Änderungen insbesondere aufgrund gesetzlicher Vorgaben, Normen oder produktbezogener Anpassungen unverzüglich einzuarbeiten und dem Auftraggeber in der jeweils gültigen Fassung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

15. Haftung

Der Auftragnehmer haftet für Schäden:

- bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit in voller Höhe, und zwar unabhängig von der Schadensart
- bei Verletzung vertragswesentlicher Pflichten in voller Höhe,
- bei leichter Fahrlässigkeit, insoweit keine vertragswesentlichen Pflichten verletzt werden, bis zur Höhe des vorhersehbaren typischen Schadens, max. bis zum 3 -fachen Auftragswert; dies gilt jedoch nicht für Personenschäden und Schäden Dritter für die jeweils in voller Höhe gehaftet wird.

16. Versicherung

16.1. ☐ Variante 1 (keine“ Kombinierte Bauleistungs-, Montage- und Haftpflichtversicherung“)

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Risiken aus diesem Vertrag durch eine Haftpflichtversicherung zu decken, deren Bestehen er dem Auftraggeber auf dessen Anforderung jederzeit nachzuweisen hat. Die Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers muss mindestens folgende Deckungssummen pro Schadensereignis enthalten:

Für Personen- und Sachschäden zuzüglich Folgeschäden EUR 2.500.000,--

Für Vermögensschäden EUR 500.000,--

Die vorstehend genannten Deckungsbeträge müssen pro Versicherungsjahr mindestens zweimal zur Verfügung stehen.

☐ Variante 2 (Kombinierten Bauleistungs-, Montage- und Haftpflichtversicherung)

Der Auftraggeber (Versicherungsnehmer) hat für alle an der Ausführung beteiligten Planer und Unternehmer (Mitversicherte) eine kombinierte Bauleistungs-, Montage- und Haftpflichtversicherung unter Einbezug seines eigenen Interesses abgeschlossen (siehe Anlage 13, Merkblatt/-blätter zur Kombinierten Bauleistungs-, Montage- und Haftpflichtversicherung). Es gilt der Wortlaut des Versicherungsvertrages.

- 16.2. Alle Kosten, die dem Auftragnehmer durch seine Mitwirkung bei der Schadensabwicklung entstehen, sind mit der Vergütung abgegolten. Die Versicherungsprämie einschließlich der jeweils gültigen Versicherungssteuer wird vom Auftraggeber gezahlt. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Prämien für weitere Versicherungen, deren Deckung dieser vom Auftraggeber beigestellten Deckung entspricht (Doppelversicherungen), nicht vergütet werden. Der Auftragnehmer versichert, dass Prämien für derartige Versicherungen nicht einkalkuliert sind.

17. Umweltschutz

- 17.1. Zum Schutze der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken.
- 17.2. Behördliche Anordnungen und/oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Unterlässt er schuldhaft diese Mitteilung, hat er dem Auftraggeber den daraus entstandenen Schaden zu ersetzen.
- 17.3. Wird der Auftraggeber als Verantwortlicher wegen Ausübung einer Tätigkeit nach Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Umweltschadengesetzes (USchadG) in Anspruch genommen und besteht zugleich eine Verantwortlichkeit des Auftragnehmers nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 USchadG, so verpflichtet sich der Auftragnehmer, den Auftraggeber von sämtlichen Kosten einer solchen Inanspruchnahme ohne Einschränkung freizustellen. Die sonstigen Regelungen zu Ausgleichsansprüchen zwischen Verantwortlichen nach § 9 Abs. 2 USchadG bleiben unberührt. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn der Auftraggeber nach Maßgabe der fachrechtlichen Vorschriften (z. B. BBodSchG, WHG) als Störer wegen der vom Auftragnehmer verursachten Verunreinigungen von Boden und/oder Gewässer in Anspruch genommen wird, und zwar auch in Bezug auf etwaige Ausgleichs- und/oder Schadenersatzansprüche wegen dieser Inanspruchnahme.

18. Besondere Informationspflichten des Auftragnehmers über seine Person

- 18.1. Für Verträge mit aktiven oder ehemaligen Vorständen bzw. Geschäftsführern des Auftraggebers gelten aufgrund besonderer gesetzlicher Anforderungen besondere Bestimmungen und Freigabeprozesse.
- 18.2. Ehemalig ist die Position als Vorstand oder Geschäftsführer im DB-Konzern unabhängig davon, wie weit sie zeitlich zurückliegt.
- 18.3. Aus diesem Grund verpflichtet sich der Auftragnehmer, sofern er natürliche Person ist, dem Auftraggeber in Textform mitzuteilen, wenn er zu einer der unter der Ziffer 16.1 genannten Personengruppen gehört.
- 18.4. Ein Verstoß gegen die Verpflichtung nach Ziffer 16.2 berechtigt den Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist. Weitergehende Rechte und Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

19. Abtretung

- 19.1. Der Auftraggeber ist berechtigt, seine Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf die mit ihm nach § 15 AktG verbundenen Unternehmen zu übertragen ohne dass es dazu der Zustimmung des Auftragnehmers bedarf.

20. Anwendbares Recht, Salvatorische Klausel, Gerichtsstand

- 20.1. Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein oder werden, bleibt der Vertrag im Übrigen davon unberührt. Die Vertragsparteien werden in diesem Fall die unwirksame oder nichtige Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, die der unwirksamen oder nichtigen Bestimmung in

gesetzlich zulässiger Weise wirtschaftlich am nächsten kommt. Sollte dies nicht möglich sein, tritt an die Stelle der unwirksamen Bedingung die gesetzliche Vorschrift.
Das Gleiche gilt für die Vervollständigung einer unbeabsichtigten Vertragslücke.

20.2. Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts und der Verweisungen des deutschen internationalen Privatrechts.

20.3. Gerichtsstand ist Berlin. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, auch das Gericht am Sitz des Auftragnehmers anzurufen.

Der Vertrag ist elektronisch erstellt und bedarf
seitens des Auftraggebers keiner Signatur

Auftragnehmer

[Signatur, Datum]